

Protokoll der Parteiversammlung vom 27. Januar 2022

Vorsitz: W. Portmann
Protokoll: A. Joss
Zeit: 19:30 Uhr – 21:00 Uhr
Ort: Restaurant Neubüel, Wädenswil
Anwesend: 13 Mitglieder

Entschuldigt: Karin und Gody Pfister, Marco Kronauer, Nicolas Rasper, Chris Tattersall, Ariel Stekla, Sandra Bütler, Adrian Biggel, Patricia Tschudi, Charlotte Baer, Edi Jegge, Hanspeter Pfister

1. Einleitung/Grusswort des Präsidenten

Walter Portmann begrüsst die anwesenden Mitglieder und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen und hält folgende Begrüssungsansprache:

«Liebe Parteifreunde

Danke für Euer Erscheinen und dass trotz misslicher Umstände. Allen nur das Beste im Jahr 2022.

Wir haben auf 2G (und Maske) uns eingestellt, weil wir so wenigstens bedient werden können. Ich bitte alle, sich in der Anwesenheitsliste einzutragen.

Schon bald geht der Wahlkampf richtig los und wir zählen auf Eure Unterstützung, ideell und finanziell. Ein Schreiben mit Einzahlungsschein oder Kontoangaben kommt bald und wer etwas spenden kann, soll dies doch bitte auch tun (jeder Franken zählt). Wir wollen eine bürgerliche Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat und daher zählt auch jede Stimme. Geht also wählen, und zwar unsere Stadtratskandidaten Bruno Cogliati und Sandy Bossert und werft die Liste 3 unverändert ein.

Bei der Stadtratsliste nur unsere beiden aufführen und wenn weitere, bitte nur Bürgerliche (FDP, BFPW, GLP). Aber keine von der Mitte! Dies bitte auch so weitersagen.

Ich möchte nun nicht länger machen als nötig und sogleich zu den Traktanden übergehen.»

2. Protokoll der Parteiversammlung 27. Oktober 2021

Das Protokoll der Parteiversammlung liegt auf und wird genehmigt.

3. Eidgenössische Abstimmungen

a) Initiative zum Tier- und Menschenversuchsverbot

Walter Portmann informiert:

«Die Initiative fordert ein totales Verbot von Tier- und Menschenversuchen. Dabei hat die Schweiz die Tierversuche schon drastisch gesenkt und hat ein sehr aufwendiges und tiergerechtes Bewilligungsverfahren, ja weltweit eines der strengsten Gesetze für Tierversuche. Ebenso will die Initiative den Import von Produkten, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden, verbieten !

Wir sprechen hier von Medikamenten, v.a. auch Impfstoffen (z. Bsp. Grippeimpfung), Chemikalien, Pflanzenschutzmitteln und nicht zu vergessen, auch von der Forschung (Psychologie, Sportwissenschaft) ! Der Initiativtext wurde zu schwammig formuliert, sodass noch offen ist, was dann alles betroffen wäre.

Wenn das angenommen wird, gehen viele Arbeitsplätze hier verloren und die Schweiz würde sich weltweit lächerlich machen und an Renommée verlieren. Viele Einwohner unseres Landes müssten ihre Medikamente im Ausland einkaufen (KK bezahlen dann nicht) und Firmen würden ihren Sitz ins Ausland verlagern müssen. Die Initiative verstösst übrigens gegen das WTO-Abkommen und gegen das Freihandelsabkommen mit der EU! Da fragt mich sich echt, wie blöd diese Initianten eigentlich sind!?

Weiter ausholen muss man nicht, es ist eine weitere idiotische und unnötige Initiative, die einfach abgeschmettert werden muss, daher also klar NEIN dazu.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

b) Initiative zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung

Walter Portmann informiert:

«Die Initiative will Tabakwerbung überall dort verbieten, wo Kinder und Jugendliche sie sehen können, also in der Presse, auf Plakaten, im Internet, im Kino, in Kiosken oder an Veranstaltungen. Das gilt auch für elektronische Zigaretten!

Werbung nur noch dort, wo Minderjährige keinen Zutritt haben oder Werbung, die sich an Erwachsene richtet.

Dem BR und dem Parlament geht das zu weit, daher wurde ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt, der bei Ablehnung der Initiative in Kraft tritt. Gemäss diesem würde Werbung für Tabakprodukte und elektron. Zigaretten auf Plakaten und im Kino verboten und Tabakkonzerne dürfen keine Zigaretten mehr gratis abgeben oder internationale Veranstaltungen in der Schweiz sponsern (Billette würden klar teurer).

Wirtschaftlicher Schaden entstünde und Arbeitsplätze gingen verloren.

Nur schon diese Ausführungen zeigen auf, dass da ein Ding der Unmöglichkeit verlangt wird.

Der Raucheranteil in der Bevölkerung ist seit Jahrzehnten trotz aktiver Tabakpräventionspolitik in etwa gleich hoch und Kinder/Jugendliche rauchen vor allem aus 4 Gründen: Gruppendruck im Freundeskreis, die Eltern rauchen, Berufsausübung (Bau, Maler, etc.) und bei den männlichen Rauchern das Militär!

Wird die Initiative abgelehnt, tritt entweder der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Sollte dieser auch abgelehnt werden, tritt das erst im September 2021 neu verfasste Tabakproduktgesetz in Kraft.

Initianten sind u.a. Aerzte, Apotheker, Drogisten, von denen auch viele rauchen -> Ironie /Satire?!

Es ist zu befürchten, dass man uns hier in der Schweiz alles verbieten will und nur noch der Staat zu sagen hat, was wir noch dürfen und was nicht (weitere Verbotsinitiativen würden folgen).

Aus all diesen Überlegungen ist diese Initiative klar abzulehnen und ebenfalls der Gegenvorschlag, sodass das neuen Tabakproduktgesetz in Kraft treten kann.

Also klar NEIN.

BR, beide Parlamente und die SVP sagen klar NEIN.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

c) Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben

Philipp Klaus informiert:

1. Um was geht es?

Wenn ein Unternehmen Eigenkapital aufnimmt (bspw. indem neue Aktien ausgegeben werden), so erhebt der Bund darauf eine Steuer – die Emissionsabgabe. Sie beträgt 1 % des aufgenommenen Kapitals. Es gilt ein Freibetrag von Fr. 1 Mio., d.h. Abgabe fällt erst an, wenn das aufgenommene Eigenkapital Fr. 1 Mio. übersteigt. Bundesrat und Parlament wollen die Emissionsabgabe abschaffen. Gegen die geplante Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen, deshalb stimmen wir nun ab.

2. Argumente

2.1. Pro:

- a) Die Emissionsabgabe verteuert Investitionen. Abschaffung entlastete die Unternehmen und würde so das Wirtschaftswachstum stärken. Die Unternehmen haben weniger Kosten und können so mehr Geld investieren.
- b) Bei Abschaffung haben Unternehmen weniger Anreiz, sich bloss über Fremdkapital zu finanzieren. Weniger Verschuldung.
- c) Emissionsabgabe ist alter Zopf: In Europa kennen nur Liechtenstein, Griechenland und Spanien eine vergleichbare Steuer
- d) OECD könnte nächstens beschliessen, eine international gültige Mindeststeuer für Unternehmen einzuführen. Dann würde CH den Standortvorteil tiefer Gewinnsteuern verlieren. Abschaffung Emissionsabgabe könnte diesem Verlust entgegenwirken.

2.2. Contra (Argumente des Referendumskomitees):

- a) Profitieren würden nur die international tätigen Grosskonzerne. Die für die Wirtschaft so wichtigen KMU und Privatpersonen hätten davon nichts.
- b) Abschaffung bewirkt auf Bundesebene Steuerausfälle in Höhe von jährlich rund Fr. 250 Mio. Am Ende werde das Volk die Rechnung zahlen (entw. über höhere Einkommens-/MwSt. oder Leistungskürzungen bspw. bei Prämienverbilligung oder bei Bildung)
- c) Abschaffung der Emissionsabgabe sei unüberlegt.

3. Parolen

Sowohl SVP Schweiz als auch SVP Kanton Zürich empfehlen ein JA an der Urne.

Die Versammlung beschliesst mit 10 zu 1 Stimmen bei zwei Enthaltungen die **Ja-Parole**.

d) Bundesgesetz vom 18.5.21 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Walter Portmann informiert:

«Schon heute wird die Zustellung abonniertes Zeitung erheblich finanziell durch den Bund unterstützt. Künftig sollen auch auflagestarke Zeitungen davon profitieren. Ebenfalls sollen Vereins- und Verbandszeitschriften mehr unterstützt werden (Magazine von WWF, TCS, Berghilfe und Publikationen von Kirchen und Hilfswerken).

Weiter sollen Online-Medien und Lokalradios sowie Regional-TVs unterstützt werden. Und weiter auch Nachrichtenagenturen, welche den Medien Infos aus der ganzen Schweiz zukommen lassen.

Geplant ist auch die Aus- und Weiterbildung von Journalisten zu stärken.

Die Mehrkosten betragen total Fr. 151 Mio. pro Jahr, wovon ca. 51 Mio. auf den Radio- und Fernsehgebühren finanziert werden (unbefristet).

Durch Bundesmittel werden die restlichen ca. Fr. 100 Mio. finanziert (befristet auf 7 Jahre).

So kauft man sich Medien, die heute und künftig sehr gut abwägen werden, über wen, was und wie sie es schreiben sollen. Gerade der Skandal um BR Berset (unter den Tisch gekehrt) und die Pandemie haben klar aufgezeigt, wie lammfromm und regierungstreu die grossen Tageszeitungen geschrieben haben (CEO Walder von Blick hat das explizit von seinen Leuten verlangt).

Ebenfalls haben die Tageszeitung vornehmlich linke Themen bearbeitet und gebracht, Kolumnen, Editorials und Kommentare liest man nur von linken Politikern, Schriftstellern oder den Chefredaktoren selber!

Die Medien scheuten sich auch nicht, zu zensurieren und Links-Grün als die Guten und Liberale-Konservative als die Bösen hinzustellen.

Zum gutgeheissenen Genderwahn und der abstrusen, unnötigen Political Correctness sage ich wohl besser nichts, da bekommt man beim dran denken schon Kopfweh! Noch tiefer kann man nicht fallen.

Die Medien und vor allem die Tageszeitungen bashen auch gerne, verdrehen Tatsachen und bringen Fake News, obschon sie dies gemäss eigenem Kodex nicht tun dürften. Die 4. Macht im Lande lässt sich immer mehr für Ideologien von links-grün einspannen und es werden Wahrheiten unterdrückt, bestimmte Personen werden zu Stellungnahmen/Sendungen absichtlich nicht eingeladen. Man könnte es schon eine Art Hirnwäsche nennen, die da abläuft. Wären unsere Medien regierungsfern, offen für alles und alle und würden auch kritische Stimmen erlaubt sein und unlautere Machenschaften rigoros aufgedeckt und angeprangert und das nach sorgfältiger Recherche, dann wäre die 4. Macht im Lande wieder glaubwürdig. Stand heute, müssen die Medien sich in der freien Wirtschaft behaupten und können nicht immer mehr Subventionen einfordern. Aus all diesen Überlegungen ist dieses Geldverteilen an vornehmlich die grossen Verlage (Tagi, Blick, CH-Media und Hersant Media) klar abzulehnen. BR sagt Ja, NR mit 115:75 Ja und der SR mit 28:10 Ja, die SVP sagt klar Nein.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

4. Kommunale Abstimmungen

a) Kredit von 21,7 Mio. für Neubau Schulhaus Ort, Au

Bruno Cogliati informiert:

Der Gemeinderat, hat in seiner Sitzung vom 8. November 2021 dieser Vorlage mit 33 zu 0 Stimmen zugestimmt. Ebenso empfiehlt der Stadtrat Annahme der Vorlage.

Eckdaten:

- **Kosten: 21,7 Millionen +- 15% (inkl. MwSt.)**
- **Jährliche Folgekosten: ca. 1 Million (0,7 Millionen Kapitalfolgekosten 0,3 Millionen Personal- und Sachaufwand)**
- **Was wird gebaut: Ersatzneubau mit acht Klassenzimmer, Gruppen- und Sonderpädagogikräume sowie Aula, Bibliothek, Lehrervorbereitung und Nebenräume. Im Untergeschoss wird eine Dreifachturnhalle gebaut, die auch der Kantonsschule dient.**

Auch wenn der Platzbedarf im Ort wegen der wachsenden Schülerzahlen steigt und der Bedarf von neuem Schulraum ausgewiesen ist, wurde bei diesem Projekt meines Erachtens eine Chance verpasst. Nach der Rückweisung des Projektes Grisu im Jahr 2018 legte der Stadtrat ein neues Projekt vor. Die damaligen Kostenbedenken der bürgerlichen Gemeinderäte wurden aber nicht beachtet. Ebenso hat es der Gemeinderat mit grosser Hilfe der linken Parteien bei der Annahme des Projektierungskredites von CHF 450'000 verpasst dem Planer einen Kostendeckel zu verpassen. So ist es gekommen, wie es kommen musste. Beim schlechtesten Verlauf, was bei den heutigen Baumaterialpreisen zu befürchten ist, kommt uns das Schulhaus auf 25 Millionen Franken zu kosten. Nebenbei ist auch die Chance eines gesunden Schulhausbaus verpasst worden. Der Minergie A-Eco Standard der hier über den grünen Klee gelobt wird, ist nach heutigem Wissenstand und Können der Baubranche in die Abteilung Sondermüllbau zu stellen.

Wer also 25. Millionen für dieses Schulhaus ausgeben will, der stimme mit Ja. Ich persönlich werde bei dieser Vorlage ein Nein einlegen.

Die Versammlung beschliesst mit 8 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung die **Ja-Parole**.

b) Wahl Notar/Notarin für Notariatskreis Wädenswil (Richterswil beinhaltend)

Felix Daniel wurde in einer stillen Wahl als Notar gewählt.

5. Bericht aus der Fraktion

Walter Portmann verliest den Bericht von Charlotte Baer:

1. Budget 2022

Zuerst ein kurzer Rückblick auf die gemeinderätliche Budgetdebatte vom Dezember 2021. Diese ist dank effizienter Zusammenarbeit der bürgerlichen Fraktionen – wiederum unter Federführung der SVP – in weiten Teilen in unserem Sinne ausgefallen. Insbesondere wurde die vom Stadtrat beantragte Erhöhung des Steuerfusses der politischen Gemeinde von 85% auf 87% abgelehnt. Die SVP kämpft ganz grundsätzlich für massvolle Steuern, tiefe Abgaben und Gebühren, damit dem Bürger mehr Geld zum Leben bleibt. Steuererhöhungen sind das falsche Signal an Unternehmen, Gewerbe und Private, um aus der städtischen Verschuldensspirale herauszukommen. Was es stattdessen braucht, sind mehr Ausgabendisziplin, Verzicht auf «Nice to Haves» und mehr Effizienz. In diesem Sinne ist auch Einiges im Tun: So hat der Stadtrat eine Leistungsüberprüfung für alle Abteilungen an die Hand genommen, welche in den kommenden Jahren zu weiteren Aufwandsenkungen führen sollte. Deren Ergebnisse sollen nun abgewartet werden, ehe der Steuerzahler voreilig zur Kasse gebeten wird.

2. Kostenanalyse zur Primarschule

Fast in jeder Budget- und Rechnungsdebatte standen die ungebremsten Kostensteigerungen in der Primarschule im Brennpunkt. Nun hat der Stadtrat eine detaillierte Kostenanalyse *präsentiert (siehe dazu auch Bericht im Wädenswiler Anzeiger vom Januar 2022, Seite 20/21)*. Anlass dazu war eine Interpellation der FDP/GLP- Fraktion. Diese Analyse zeigt, dass die Sonderpädagogik in Wädenswil überdurchschnittlich teuer ist; der Sonderschulstatus wird offensichtlich viel zu large gehandhabt. Auch bei der Kostendeckung der ausserschulischen Tagesbetreuung liegt erhebliches Optimierungspotential drin. Die Studie zeigt auch, dass trotz des hohen Anteils an gebundenen Ausgaben der PSW ein nicht zu unterschätzender Handlungsspielraum bleibt, der nun kosteneffizient genutzt werden muss. Der SVP geht es nicht darum, bei den Schulkindern rigoros zu sparen. Aber dennoch muss Bildung letztlich bezahlbar bleiben, denn – um es in den Worten von André Zürcher zusammenzufassen: «Bildung kann man nur lernen, nicht kaufen».

3. Betriebsbeitrag an die Stiftung grow = Weisung 25/2021

Als einzige stadträtliche Weisung liegt aktuell der dreijährlich wiederkehrenden Rahmenkredit an die Stiftung grow von insgesamt CHF 150'000 für die Jahre 2022–2024 auf dem Tisch.

Die Gründerorganisation *grow* bezweckt die Ansiedlung und aktive Förderung von Startups in der Region, vor allem in den Bereichen, Life Sciences, IT und Facility Management, die in direktem Zusammenhang mit der ZHAW stehen. Das *grow*-Förderkonzept ist sehr selektiv ausgerichtet. Um bei *grow* aufgenommen zu werden, müssen die Jungfirmen eigene innovative Produkte entwickeln, die für einen grossen internationalen Markt nutzbar gemacht werden können, und ein überdurchschnittliches Wachstumspotential aufweisen. Die Unterstützung besteht in individuellem Coaching beim Aufbau der Firma, in der Vermittlung von Kontakten zur ZHAW, zu weiteren Wirtschaftsförderungsorganisationen und kommerziellen Geldgebern sowie im Zurverfügungstellen von kostengünstiger Infrastruktur, insbesondere Laboreinrichtungen. Bargeldzahlungen fliessen hingegen keine.

Zwar gehört die Unterstützung von Startups nach Auffassung der SVP nicht zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Das Ja der SVP-Fraktion zum beantragten Rahmenkredit

ist denn auch kein Begeisterungssturm, sondern eher ein Vernunft-Ja. Positiv zu werten ist, dass die Jungfirmen in Wädenswil Arbeitsplätze schaffen (zurzeit sind es ca. 150) und zufolge der Erweiterung der Geschäfts- und Laborräume das einheimische und regionale Gewerbe Aufträge erhält. Auch das von *grow* angewandte Förderungskonzept ist anspruchsvoll und wurde vor allem auf Betreiben des Gemeinderats bzw. der Sachkommission transparent gemacht und verschriftlicht. Weiter zu beachten ist, dass *grow* ein gewichtiger Faktor für die Standortsicherung der ZHAW in Wädenswil ist. Die ZHAW gehört mit ca. 600 Arbeitsplätzen zu den grössten Arbeitgebern in Wädenswil.

6. Bericht aus der Schulpflege

Es wird über die Umstellung auf das Zweiklassensystem gemäss Lehrplan 21 informiert. Die neuen Organisationsstrukturen werden debattiert, insbesondere betreffend Rückstufung der Schulpflege. Ferner wird eine Diskussion über Schulkosten, aktuelle Corona-Massnahmen und über den sonderpädagogischen Bereich an den Schulen geführt.

Für das Protokoll:



A. Joss

Wädenswil, 27. Januar 2022